

Vielfältige Parteien sind das Herz europäischer Politik

Von Torben Zahradnicky am 25.03.19

Wir leben in einer Zeit in der „Parteien-Bashing“ modern zu sein scheint. Es ist einfach auf „die Bösen da oben“ zu schimpfen anstatt zu erkennen dass Parteien von unten entstanden sind, dass sie von Menschen ähnlicher Überzeugungen Politik für Menschen ähnlicher Überzeugung realisieren nach bestem Wissen und Gewissen. Der einzelne Mensch kann gemessen an dem großen Ganzen wenig erreichen. Daher ist es wichtig, dass sich Menschen mit ähnlichen Überzeugungen zusammenschließen. Hierbei sind auf der einen Seite der berufliche Stand (z.B. Arbeitnehmer sowie Unternehmer) und auf der anderen Seite Wertvorstellungen (z.B. das christliche Menschenbild, wertkonservativ, liberal, progressiv usw.) sowie die Präferenz der Volkswirtschaftstheorie ein sehr guter Anhaltspunkt. Natürlich gibt es mittlerweile zwischen diesen Determinanten auch Mischformen, dies ist für die ganzheitliche Sicht einer Partei auch wichtig. Aber die Grundrichtung einer Partei ist definiert und kann sich auch aus der Mischung dieser Determinanten definieren. Verdeutlichen wir die Grundrichtung einer Partei am Beispiel der Volkswirtschaftstheorie. Was meine ich hiermit konkret? Die Volkswirtschaftslehre teilt sich auf in die Mikroökonomie und die Makroökonomie. Die Makroökonomie teilt sich wiederum in zwei „Denkschulen“ auf: Auf der einen Seite stehen die Supply-Side-Economics. Auf der anderen Seite stehen die Demand-Side-Economics. Die Supply-Side-Economics haben ihre Wurzeln in der klassischen Sichtweise, welche von Adam Smith hervorgebracht wurde. Diese lässt sich zugespitzt mit dem Satz „Auf lange Sicht haben wir keine Probleme“ definieren. In seinem Klassiker „Wohlstand der Nationen“ beschreibt Adam Smith die Idee der „unsichtbaren Hand.“¹ Durch diese unsichtbare Hand führt das Zusammenspiel von Marktkräften und eigennützigem Verhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte zu einem gesellschaftlichen Optimum. Der Staat sollte laut Smith daher nicht in die wirtschaftlichen Geschehnisse eingreifen. Bis in das 20. Jahrhundert widersprachen Smith nur sehr wenige Ökonomen. u.a. Karl Marx. Der angesehenste „Gegenspieler“ von Smith, der Ökonom John Maynard Keynes (er kann wohl als Mit-Begründer der Demand-Side-Economics gesehen werden) veröffentlichte im Jahr 1936 seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.“ Er entgegnete dem „Auf lange Sicht haben wir keine Probleme“ mit „Auf lange Sicht sind wir alle tot.“ Keynes stritt ab, „dass das Konzept der unsichtbaren Hand mit Blick auf das allgemeine Produktions- sowie Beschäftigungsniveau einer Volkswirtschaft funktioniert.“² Daher sollte der Staat (laut dieser Denkweise) eingreifen. Schauen wir nun auf die Parteienlandschaft. Es gibt sie, die Parteien die immer sagen „Bloß nicht zu viel Eingreifen des Staates. Der Markt regelt das schon.“ Und es gibt Parteien die lieber ein ihrer Meinung nach sinnvolles Eingreifen des Staates bevorzugen. Die realpolitischen Forderungen einer Partei richten sich doch im Kern an der Denkschule die tief dahinter steckt. Dies ist ausdrücklich positiv! Der Bürger kann nun seine eigenen Überzeugungen entdecken und sich fragen in welcher Partei er seine Überzeugungen am besten einbringen kann. Der außenstehende Wähler weiß nun woran er ist. Er kann von einer Partei, welche sich „liberal“ definiert nicht erwarten, dass sie sich für einen „starken Staat“ einsetzt. Genauso kann er von einer Partei, welche sich „sozialistisch“ definiert nicht erwarten, dass diese sich in erster Linie für eine „Lösung des Marktes“ einsetzt. Diese Klarheit ist nur durch Parteien gegeben und wird durch die s.g. „Fraktionsdisziplin“ perfektioniert.

Gerade in Europa kann sich jeder Bürger in Parteien und somit in der Politik einbringen. Bürger können sich zusammenschließen und neue Parteien gründen. Eine Partei die es gestern noch nicht gegeben hat, kann heute stärkste Kraft werden. Die Demokratie ist hier absolut gewahrt.

¹ Vgl. Braun, Paschke (2007), S. 20

² Braun, Paschke (2007), S. 20

Daher sollten bei Wahlen immer Parteien zur Wahl stehen und nicht der einzelne Mensch (Ausnahme auf Deutschland bezogen: Erste Stimme bei der Bundestagswahl sowie der Landtagswahl, Panaschieren bei der Kommunalwahl, Bürgermeisterwahl, Landratswahl) Das derzeitige System der parlamentarischen Demokratie in welchem Parteien sich zusammenfinden und für eine Mehrheit Koalitionen bilden können, ist ganz klar zu befürworten. Es stärkt und stabilisiert die einzelnen Länder und somit ganz Europa! Es ist entstanden aus blutigen Kriegen und auch Punkte welche evtl. schwierig nachzuvollziehen sind, haben ihren Grund. Daher ist „bewahren“ ein wichtiges Gebot. Dies bedeutet nicht, dass Reformen nicht erforderlich sind. Jedoch sollte sich bei jeder Reform gefragt werden, ob dadurch eine Errungenschaft perfektioniert oder zertreten wird.